



# POLITIKBRIEF

des VBUW Nahrungsmittel- und Gastronomiebranche e.V. | Berlin, den 13.12.2024

## Über uns

Wir vertreten als **VBUW Nahrungsmittel- und Gastronomiebranche e.V.** (Verein zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs) die Interessen von Unternehmen in der Nahrungsmittel- und Gastronomiebranche. Unser Ziel ist es, faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und die wirtschaftliche Stabilität unserer Mitglieder zu sichern.

Unsere Aufgaben umfassen:

- die Bekämpfung von Schwarzarbeit,
- die rechtliche Beratung und Unterstützung unserer Mitglieder,
- die Prüfung von Lebensmittelkennzeichnungen und Werbemitteln.

Dieser Politikbrief erreicht Sie bewusst vor der Bundestagswahl am 23. Februar, um auf die drängenden Herausforderungen unserer Branche aufmerksam zu machen. Die wirtschaftliche Situation in der Gastronomie ist alarmierend. Wir sehen steigende Insolvenzen und ein anhaltendes Gaststättensterben, das nicht nur die Branche, sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt und Lebensqualität bedroht.

Wir bitten Sie daher eindringlich, die Situation der Gastronomie als Teil Ihrer politischen Agenda zu priorisieren. Ihre Unterstützung ist entscheidend, um:

- das Gaststättensterben zu stoppen,
- Insolvenzen im Gastronomiehandwerk zu verhindern,
- und eine Zukunftsperspektive für die Betriebe und ihre Beschäftigten zu schaffen.

Gemeinsam können wir eine positive Wende für unsere Branche und die gesamte Gesellschaft erreichen. Wir stehen Ihnen gerne für einen Dialog oder weitere Informationen zur Verfügung.

## Unsere Vorschläge im Überblick, die wir im Folgenden noch weiter ausführen:

- **7 % Mehrwertsteuer in der Gastronomie** – Einheitlich für Einweg- und Mehrwegprodukte, Inhouse-Gastronomie und Takeaway.
- **Mindestlohnsteigerung an Ausbildung koppeln** – Ausbildung fördern, besser vergüten und langfristig stärken.
- **Missbrauch von Mini-Jobs eindämmen** – Sozialversicherungspflicht stärken und Fehlanreize zurückbauen
- **Bürokratie und Berichtspflichten reduzieren** – Digitalisierung nutzen, um den Bürokratiestau aufzulösen.
- **Lebensmittelkennzeichnung durch QR-Codes vereinfachen** – Barrierefreie und innovative Lösungen vorantreiben.
- **Flexiblere Strom- und Energiepreise** – Unternehmen vor Insolvenzen schützen und Wettbewerbsfähigkeit erhalten.

**7 %  
JETZT!**

## 7 Prozent MwSt auf Speisen in der Gastronomie – für Einweg und Mehrweg, drinnen und draußen

Wenn Service-Dienstleistungen höher besteuert werden als Takeaway, dann werden Gastfreundschaft und Nachhaltigkeit bestraft. Das macht sich bemerkbar. Immer weniger Menschen

gehen in Restaurants essen, während Bestellungen und Lieferungen zunehmen. Sie können etwas tun. **Bitte setzen Sie sich für 7% Mehrwertsteuer auf alle Speisen in der Gastronomie ein.**

Egal ob InHouse, ToGo oder Delivery, egal ob Einweg oder Mehrweg. Unterstützen Sie eine gerechte und nachhaltige Lösung für die gesamte Gastronomiebranche.

	Zubereitete Speisen	Eis	Getränke
Vor Ort-Gastronomie	19 % MwSt.	19 % MwSt.	19 % MwSt.
Außer Haus (To Go/Delivery)	7 % MwSt.	7 % MwSt.	19 % MwSt.
Mehrweggeschirr/-verpackung	19 % MwSt.	19 % MwSt.	19 % MwSt.



Eis im Café? Teurer besteuert als Eis auf die Hand!



Pizza im Mehrwegbehälter? Teurer besteuert als im Pappkarton!



## Mindestlohnerhöhung nur mit abgeschlossener Ausbildung

Der Mindestlohn ist bereits hoch und gilt auch für Ungelernte – eine Maßnahme, die anfangs noch gerechtfertigt war und Sinn machte. Doch es ist an der Zeit, eine differenziertere Betrachtung vorzunehmen. Künftige Lohnerhöhungen sollten vor allem denen zugutekommen, die eine abgeschlossene Ausbildung vorweisen können. Denn eine Ausbildung muss sich lohnen!

Es braucht eine klare Unterscheidung zwischen ausgebildeten Fachkräften und Ungelernten sowie Anreize für eine Ausbildung. Sonst entscheiden sich junge Menschen gegen die Ausbildung und für den Job auf Mindestlohnbasis.

Auch Zugewanderten und Geflüchteten, die in der Gastronomie höchst willkommen sind, tun Sie mit einem höheren Mindestlohn keinen Gefallen. Denn ohne eine abgeschlossene Be-

rufsausbildung ist der Weg zu besseren Jobs und Aufstiegschancen versperrt. Mit fatalen Folgen für die betroffenen Personen, aber auch für unsere Sozialversicherungssysteme und die Steuereinnahmen.

**Unser Appell:** Mindestlohnerhöhungen sollten künftig an einen Ausbildungsabschluss geknüpft sein, um Ausbildung und Fachkräfte zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu stärken.

## Sozialversicherung stärken – Fehlanreize vermeiden

Geringfügig Beschäftigte profitieren zu Lasten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von der Pauschalbesteuerung und den bestehenden Ausnahmen von der Sozialversicherungspflicht.

Der Mini-Job ist als arbeitsmarktpolitisches Instrument überholt. Er fördert Teilzeitjobs und Gig-Ökonomie und

verhindert den Aufbau von Sozialversicherungs- und Rentenansprüchen – mit schwerwiegenden Folgen für die betroffenen Menschen und die Gesellschaft.

**Unser Vorschlag:** Sozialversicherungspflicht für alle Arbeitnehmer bis zu 40 Stunden Wochenarbeitszeit. Alle Stun-

den darüber hinaus können sozialversicherungsfrei bleiben. Eine Ausnahme bilden Rentner:innen mit Mini-Jobs: Sie sollten von der Sozialversicherungspflicht befreit bleiben, da sie ihren Beitrag während ihrer regulären Berufstätigkeit bereits geleistet haben.



Rechenbeispiel basierend auf realen Löhnen in der Gastronomie

### Sozialversicherungspflichtig

Beschäftigter	Minijobber
Brutto-Stundenlohn: 15,00 €	Brutto-Stundenlohn: 12,82 € (ab 01.01.2025)
Arbeitszeit: 160 Stunden/Monat (Vollzeit)	Maximale Monatsarbeitszeit: ca. 44 Stunden (556-€-Grenze)
Netto-Stundenlohn: 10,12 €	Netto-Stundenlohn: 12,82 €

## Wirtschaftliche Rahmenbedingungen verbessern

### Realcheck bei Bürokratie und Berichtspflichten – Digitalisierung gegen Bürokratiestau

Die überlangen und teils komplizierten Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren wirken zusammen mit den zahlreichen Berichtspflichten als Bremse für die Branche und unsere Wirtschaft.

Es braucht daher einfachere Verfahren und eine bessere Vernetzung. Wir befürworten daher die Einführung einer zentralen, digitalen Plattform für alle relevanten Anträge (z.B. Steuererklärungen, Genehmigungen, Fördermitelanträge, Berichtspflichten). Diese Plattform ermöglicht eine einmalige Registrierung, sodass alle relevanten Daten direkt an die zuständigen Behörden weitergeleitet werden können. Das spart Zeit, reduziert Fehler und vereinfacht den bürokratischen Prozess für Unternehmen.

Auch die erforderlichen Berichtspflichten für Unternehmen könnten über eine solche Plattform abgedeckt werden, indem die Berichte automatisch aus den eingegebenen Daten generiert werden, egal ob für Nachhaltigkeit, Lieferketten oder die Entwaldungsrichtlinie.

Die Vernetzung der Behörden untereinander ermöglicht den Abgleich von Daten in Echtzeit, was den Verwaltungsaufwand reduziert und zu einer schnelleren Bearbeitung von Anträgen und Anfragen führt. Und schließlich ist eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern notwendig, um föderale Unterschiede zu harmonisieren und Regelungen zu vereinheitlichen.

### Transparenz bei Lebensmitteln – Produkt-Kennzeichnung durch QR-Codes vereinfachen

Wir setzen uns für die Einführung von QR-Codes als Standard in der Lebensmittelkennzeichnung ein, damit Informationen flexibel und in Echtzeit aktualisiert werden können. Dies würde Produktrückrufe und die Vernichtung von Lebensmitteln wegen Etikettierungsfehlern drastisch reduzieren und Verbrauchern Zugang zu umfassenderen Details wie Herkunftsnachweisen, Herstellerbetrieben, CO<sub>2</sub>-Emissionen und vielem mehr bieten – digital, gut lesbar, mehrsprachig und barrierefrei.



Die Lebensmittelbranche muss digitaler, nachhaltiger und verbraucherfreundlicher werden – QR-Codes sind dafür der nächste logische Schritt.

### Unsere teuerste Zutat ist Energie – Flexibilisierung der Strom- und Energiepreise

Die steigenden Strom- und Gaspreise gefährden die Existenz vieler Unternehmen, weshalb wir eine flexible und faire Energiepreisgestaltung fordern. Maßnahmen wie die Senkung der Stromsteuer, die Angleichung regionaler Netzentgelte und die Förderung von Eigenstromerzeugung können die Kosten schnell und nachhaltig senken. Besonders kleine und mittelständische Betriebe brauchen dringend Entlastung, um Insolvenzen abzuwenden und wettbewerbsfähig zu bleiben.